

Presseinformation

Nr. 088/09

Potsdam, den 11. Juni 2009

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Pressesprecherin: Claudia Szczes
Hausruf: (0331) 866 - 5040
Fax: (0331) 866 - 5049
Internet: www.masgf.brandenburg.de
claudia.szczes@masgf.brandenburg.de

"Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie - mit Kooperation zu mehr Prävention in der Arbeitswelt"

Im Mittelpunkt der heutigen Fachtagung „Gemeinsam für gesunde Arbeit“ steht die Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten in Brandenburg durch verstärkte Zusammenarbeit der staatlichen Arbeitsschutzverwaltung und der Unfallversicherungsträger. Arbeitsstaatssekretär Winfrid Alber und Vertreter der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) unterschrieben deshalb zu Beginn eine Rahmenvereinbarung, die die neue nationale „Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie“ in regionalen Aktivitäten umsetzt.

Der Staatssekretär dazu: "Die heutige Arbeitswelt zeichnet sich durch ständig wechselnde Arbeitsbedingungen, neue Arbeitsformen, eine hohe Arbeitsverdichtung und räumliche sowie zeitliche Flexibilität aus. Hieraus resultieren andere, zum Teil neue Belastungen für die Beschäftigten: Wir tragen diesen Veränderungen Rechnung, indem wir bundesweit Ziele definiert haben, die wir nun gemeinsam mit den Unfallversicherern in den Ländern umsetzen. Denn wir wissen: nur mit qualifizierten und gesunden Beschäftigten können die Betriebe die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt und die derzeitige Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigen."

Bis 2012 sollen in Deutschland durch gemeinsame Aktivitäten der Länder und der Unfallversicherungsträger die Häufigkeit und Schwere von Arbeitsunfällen ebenso gesenkt werden wie Beschwerden und Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems und der Haut. In Arbeitsprogrammen sollen die Ziele auf Landesebene umgesetzt werden.

„Nach wie vor gibt es Gefährdungen, wie zum Beispiel ungenügend gesicherte Baugerüste oder die Verwendung hautschädigender Stoffe, die zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten führen können. Schlecht gestaltete Arbeitsplätze, Zeitdruck und Überforderung begünstigen aber ebenso das Entstehen von Erkrankungen und somit Arbeitsunfähigkeiten“, erläutert der Staatssekretär. Mit den nun startenden Arbeitsprogrammen zum Beispiel in den Handlungsfeldern Bau und Montage, Zeitarbeit, Haut, Pflege und Büro, sollen eine systematische Umsetzung des Arbeitsschutzes im Betrieb erreicht, mögliche Belastungen reduziert und insgesamt die Herausbildung einer Präventionskultur in den Betrieben gefördert werden.

Dr. Walter Eichendorf, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der DGUV, stellt klar, dass einerseits in der Folge der geleisteten Arbeit in der Vergangenheit schon gute Erfolge erzielt wurden, andererseits neue Ansätze erforderlich sind, um der Vision einer Arbeitswelt ohne Unfälle und Beeinträchtigungen der Gesundheit näher zu kommen. "Es ist schon ein großer Erfolg der in den Betrieben geleisteten und von den Unfallversicherungsträgern initiierten Präventionsarbeit, wenn zum Beispiel die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr 2008 auf einen historischen Tiefstand gesenkt werden konnte.

Aber fast eine Million meldepflichtiger Arbeitsunfälle im Jahr 2008 in der Bundesrepublik müssen uns weiter Anlass sein, die Präventionsaktivitäten zu steigern. Gemeinsam mit den Länderbehörden und den Sozialpartnern werden wir die Chancen einer intensivierten Kooperation dazu nutzen", so Dr. Eichendorf weiter.

Kooperation und Arbeitsteilung der Aufsichtsdienste des Staates und der Unfallversicherungsträger sowie eine gemeinsame Beratungs- und Überwachungsstrategie sind weitere wichtige Bestandteile der im Herbst 2008 im Arbeitsschutzgesetz und im Sozialgesetzbuch VII gesetzlich verankerten Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie. Ihre Kernelemente wurden in einem intensiven Dialog zwischen Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern unter enger Einbeziehung der Sozialpartner entwickelt.

Vor der Fachtagung unterschrieben Dr. Eichendorf und Harald Nolting, Landesdirektor des Landesverbandes Nordost der DGUV, gemeinsam mit Staatssekretär Alber eine Rahmenvereinbarung, die die Grundlage für die verbindliche Umsetzung der Arbeitsprogramme und für die verstärkte Zusammenarbeit der staatlichen Arbeitsschutzverwaltung im Land Brandenburg und den im Land tätigen Unfallversicherungsträgern in der Beratung und Überwachung der Betriebe schafft.